_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 26.02.1996

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 22.10.1997

3. Instanz

Datum 02.12.1999

Auf die Revision der KlĤgerin wird das Urteil des SĤchsischen Landessozialgerichts vom 22. Oktober 1997 aufgehoben und der Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurĽckverwiesen.

GrÃ1/4nde:

Ī

Die Klägerin begehrt die Gewährung von Bergmannsvollrente mit Vollendung ihres 45. Lebensjahres.

Die am 15. Februar 1950 geborene Klägerin erlernte von 1966 bis 1968 den Beruf einer Chemielaborantin und war in der Folgezeit bis zum 30. November 1992 in dem VEB (im folgenden: VEB) in Z. (später ESTEG-GmbH) tätig. Nach ihren Angaben gehörte es zu ihren Aufgaben, Proben von Benzol und Koks vor Ort zu entnehmen. Aus dem Jahre 1988 besteht eine Korrespondenz zur Frage, ob der Klägerin â☐☐ und 13 weiteren Kolleginnen entsprechender beruflicher Stellung â☐☐ Bergmannsvollrente bereits nach Vollendung des 45. Lebensjahres zusteht. Mit

einem entsprechenden Anliegen hatte sich die Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB â nuter Berufung auf eine entsprechende Praxis bei der SDAG Wismut â nden Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie (IG B-E), H., gewandt, der wiederum den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), Bundesvorstand, Verwaltung der Sozialversicherung, B. angeschrieben hatte. Dieser wies â nach Rà kckfrage beim Leiter der Abteilung Recht der Obersten Bergbehà rde beim Ministerrat der DDR, L. â nit Schreiben vom 16. Dezember 1988 den FDGB-Bezirksvorstand K., Verwaltung der Sozialversicherung, an, den sechs bereits à kber 45-jà khrigen der benannten Beschà ktigten die Bergmannsvollrente ab Anspruchsbeginn nachzuzahlen; fà kr die anderen acht "tritt der Anspruch erst in den folgenden Jahren ein, wir bitten dann entsprechend zu verfahren." Gleichzeitig wurde der Bezirksvorstand gebeten, "diese Entscheidung den Kolleginnen im persà nlichen Gesprà ch mitzuteilen und entsprechend zu begrà knden."

Nachdem sie ab dem 1. Dezember 1992 bis zum 30. Mai 1994 Arbeitslosengeld (Alg) bezogen hatte, beantragte die Klägerin am 26. Oktober 1994 bei der Beklagten die Gewährung von Bergmannsvollrente; diese stehe ihr aufgrund eines Sonderentscheides des FDGB-Bundesvorstandes fù¼r den Bereich der SDAG Wismut und ihren Betrieb ab Vollendung des 45. Lebensjahres zu. Die Beklagte lehnte den Antrag durch Bescheid vom 6. März 1995 mit der Begrù¼ndung ab, die Klägerin habe noch nicht das allein maÃ□gebliche 50. Lebensjahr vollendet. Der Widerspruch der Klägerin blieb ohne Erfolg (Widerspruchsbescheid vom 20. Juni 1995). Das Sozialgericht (SG) Chemnitz hat die Beklagte am 26. Februar 1996 verurteilt, ab 1. März 1995 Bergmannsvollrente "nach MaÃ□gabe der gesetzlichen Bestimmungen" zu gewähren. Auf die Berufung der Beklagten hat das Sächsische Landessozialgericht (LSG) mit Urteil vom 22. Oktober 1997 die Klage abgewiesen. Die Klägerin könne sich nicht auf eine vertrauensgeschützte frühere Rechtspraxis in der DDR berufen.

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin eine Verletzung des Art 30 Abs 5 Nr 2 Einigungsvertrag (EinigVtr). Auf dieser rechtlichen Grundlage sei â∏ bei ErfÃ⅓llung der weiteren Tatbestandsvoraussetzungen â∏ die Bergmannsvollrente bereits ab Vollendung des 45. Lebensjahres zu gewähren. Die Oberste Bergbehörde beim Ministerrat der DDR habe eine entsprechende positive Grundsatzentscheidung getroffen, nach der seit 1988 auch in mehreren Fällen tatsächlich verfahren worden sei. Zum "geltenden Rentenrecht" im Sinne des EinigVtr hätten nicht nur die Gesetze, sondern auch Verordnungen, DurchfÃ⅓hrungsanordnungen und Sonderregelungen der DDR gehört. Mit der im Schreiben des FDGB vom 16. Dezember 1988 zitierten Entscheidung der Obersten Bergbehörde sei Ã⅓ber eine bloÃ∏e Praxis hinaus auch eine rechtliche Grundlage gegeben. Entsprechend seien die Arbeiten als Kokereiarbeiter mit Untertagetätigkeiten gleichgestellt worden, auch ohne daÃ∏ diese Rechtspraxis Eingang in das RentenÃ⅓berleitungsgesetz (RÃ∏G) gefunden hätte.

Die KlAzgerin beantragt,

das Urteil des Sächsischen Landessozialgerichts vom 22. Oktober 1997

aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 26. Februar 1996 zurļckzuweisen, hilfsweise, das Urteil des Landessozialgerichts aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurļckzuweisen.

Die Beklagte beantragt,

die Revision zurĽckzuweisen.

Die Beteiligten haben übereinstimmend ihr Einverständnis mit einer Entscheidung des Senats ohne mündliche Verhandlung durch Urteil erklärt (§ 124 Abs 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG)).

Ш

Die Revision ist iS der Zurückverweisung begründet. Der Klägerin steht Bergmannsvollrente zwar nicht bereits nach Art 2 § 6 RÃ☐G (1) oder auf Grundlage des Art 30 Abs 5 EinigVtr (2) zu. Der Senat kann jedoch nicht abschlieÃ☐end entscheiden, ob der Klägerin die begehrte Leistung nicht kraft einer nach Art 19 EinigVtr nach wie vor wirksamen Zusicherung der zuständigen Behörde der DDR zusteht (3).

- 1. Die Klägerin erfüllt nicht die Voraussetzungen des Art 2 § 6 RÃ∏G vom 25. Juli 1991 (BGBI I 1606). Anspruch auf Rente nach diesem Gesetz haben Personen, die die in Art 2 R̸G geregelten Anspruchsvoraussetzungen erfüllen (§ 1 Abs 1 Nr 1 aaO), die am 18. Mai 1990 ihren Wohnsitz oder gewA¶hnlichen Aufenthalt im Beitrittsgebiet hatten (§ 1 Abs 1 Nr 2 aaO) und deren Rente in der Zeit vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Dezember 1996 beginnt (§ 1 Abs 1 Nr 3 aaO), solange sie ihren gewĶhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland haben (§ 1 Abs 1 Satz 1 letzter Teilsatz aaO). Art 2 § 6 iVm § 1 Abs 1 Nr 1 RÃ∏G fordert für den Anspruch auf Bergmannsvollrente (neben der Erfüllung der Wartezeit einer bergbaulichen Versicherung von 25 Jahren: § 6 Abs 1 Nr 2 aaO und der Ausübung einer Untertagetätigkeit für mindestens 15 Jahre: § 6 Abs 1 Nr 3 aaO), da̸ die Versicherten das 50. Lebensjahr vollendet haben (§ 6 Abs 1 Nr 1 aaO). Die am 15. Februar 1950 geborene Klägerin hat im nach § 1 Abs 1 Nr 3 aaO ma̸geblichen Zeitraum (1. Januar 1992 bis 31. Dezember 1996) nicht das 50. Lebensjahr vollendet, so da̸ die begehrte Rente nicht im genannten Zeitraum beginnt.
- 2. 2. Der Rentenanspruch der Klägerin läÃ□t sich auch nicht aus Art 30 Abs 5 Satz 2 Nr 2 EinigVtr (vom 31. August 1990 iVm Art 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl | 885)) herleiten. Diese Vorschrift gab dem Gesetzgeber des vereinten Deutschland auf, fù¼r Personen, deren Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in der Zeit vom 1. Januar 1992 bis 30. Juni 1995 beginnt, eine Rente auch dann zu bewilligen, wenn am 30. Juni 1990 nach dem bis dahin geltenden Rentenrecht in dem in Art 3 EinigVtr genannten Gebiet ein Rentenanspruch bestanden hätte. Wie der Senat hat im Urteil vom 30. Juni 1999 â□□ B 8 KN 16/98 R â□□ bereits klargestellt hat, gilt der aus dieser Vorschrift

folgende Bestandsschutz nicht nur dann, wenn die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für den Rentenanspruch bereits am 30. Juni 1990 erfüllt waren; die Voraussetzungen für die Rentenansprüche sind vielmehr bei Zugängen bis zum 30. Juni 1995 unter Fortführung des bis zum 30. Juni 1990 geltenden Rentenrechts der DDR festzustellen (vgl S 11 des Urteilsabdrucks).

Der Klägerin stand indessen bei Vollendung ihres 45. Lebensjahres â∏ innerhalb des og Zeitraumes â∏ auch nicht nach dem früheren Rentenrecht der DDR die Bergmannsvollrente zu.

- a) Dies folgt bereits aus dem Wortlaut von § 37 der Verordnung über die Gewährung und Berechnung von Renten der Sozialpflichtversicherung â□□ Rentenverordnung â□□ vom 23. November 1979 (GBI DDR I Nr 43 S 401 (RentenVO), zuletzt geändert durch Verordnung über die Ã□nderung oder Aufhebung von Rechtsvorschriften vom 28. Juni 1990 (GBI DDR I Nr 38 S 509)). § 37 RentenVO räumte den Anspruch auf Bergmannsvollrente Bergleuten ein, die a) das 50. Lebensjahr vollendet haben, b) mindestens 25 Jahre bergbaulich versichert waren und c) während der im Buchst b genannten Zeit mindestens 15 Jahre unter Tage tätig waren. Diese â□□ gerade im Hinblick auf den Alterstatbestand eindeutige â□□ Norm IäÃ□t entgegen der Ansicht der Klägerin keine Auslegung zu, die den Alterstatbestand bei weiblichen Bergleuten um fünf Jahre vorzieht. Eine solche â□□ wenngleich etwa für die Bergmannsaltersrente iS von § 34 RentenVO typische â□□ Differenzierung zwischen Männern und Frauen ist mit Sinn und Wortlaut der RentenVO nicht vereinbar und findet damit in den einschlägigen Vorschriften des DDR-Rechts keine Grundlage.
- b) Insoweit unterscheidet sich der vorliegende Sachverhalt wesentlich von jener Fallgestaltung, die den Senatsurteilen vom 30. Juni 1999 â∏ B 8 KN 9/98 R und B 8 KN 16/98 R â∏ zugrunde lag; anders als dort findet sich im Falle der Klägerin im â∏ nach dem Staatsverständnis der DDR maÃ∏gebenden â∏ Recht der DDR keine autoritativ gesetzte Norm, welche etwa im Wege einer verfassungskonformen und lückenausfüllenden Auslegung zu der von der Klägerin gewünschten Auslegung des § 37 RentenVO führen könnte. Die von ihr behauptete "Entscheidung" der Obersten BergbehĶrde der DDR mit normativer Wirkung kann nicht festgestellt werden. Vielmehr ergibt sich aus dem Zusammenhang des vorliegenden Briefwechsels, da̸ tatsächlich â∏∏ wenn auch unter Einschaltung der Abteilung Recht der Obersten Bergbehörde beim Ministerrat der DDR â∏ eine Einzelentscheidung fÃ¹/₄r 14 namentlich benannte Beschäftigte des VEB beabsichtigt war und getroffen wurde. Damit sieht der Senat auch keinen AnlaÄ für eine eigene weitere Sachaufklärung zum DDR-Rentenrecht iS des Art 30 Abs 5 EinigVtr (vgl für die Feststellung des Bestehens und Inhalts von Gewohnheitsrecht: BGH vom 13. Mai 1965, NJW 1965, 1862, 1864).
- c) Das Begehren der Klägerin findet auch insoweit keine Stütze, als sie sich auf eine Rechtspraxis der DDR beruft.

Fraglich ist bereits, inwieweit überhaupt eine solche Praxis in der DDR in einen bundesrechtlichen PrüfungsmaÃ∏stab erwachsen kann (verneinend

Bundessozialgericht (BSG) 4. Senat vom 24. August 1994, SozR 3-8570 ŧ 17 Nr 1 S 11 ff; vom 5. März 1996, SozR 3-8120 Kap VIII H III Nr 9, Nr 5 S 56). Der erkennende Senat hat diese Frage ausdrücklich offengelassen (Urteil vom 29. April 1997 â□ 8 KnU 1/96 â□ S 5). Diese Frage bedarf auch vorliegend keiner abschlieÃ□enden Entscheidung. Denn jedenfalls kann einer solchen Rechtspraxis dann keine Bedeutung zukommen, wenn sie sich nicht im Einklang mit den maÃ□geblichen Rechtsvorschriften befindet.

Die hier zur Prüfung gestellte Praxis des FDGB in Abstimmung mit der Obersten Bergbehörde der DDR käme als PrüfungsmaÃ□stab allenfalls in Betracht, wenn sie sich â□□ gleichsam in Vollzug des geschriebenen Rechts â□□ als dessen Konkretisierung darstellen würde (Senatsurteil vom 29. April 1997 aaO S 5 mwN). Indessen erweist sich die Praxis, in Einzelfällen bei Vorliegen der übrigen Anspruchsvoraussetzungen für die Bergmannsvollrente diese bereits ab der Vollendung des 45. Lebensjahres zu gewähren, gerade als Abweichung vom klaren Gesetzesbefehl. Als dessen Konkretisierung kann diese Praxis nicht mehr erscheinen, wenn nicht der Unterschied von rechtmäÃ□iger und rechtswidriger Rechtsanwendung aufgehoben werden soll.

Die von der Klägerin angeführten Quellen lassen zudem nicht sicher auf eine ständige Rechtsübung der DDR schlieÃ□en, da dort erklärtermaÃ□en auf eine Einzelfallentscheidung für einen klar abgegrenzten Personenkreis abgehoben wird.

Auf dieser Grundlage kann die Klã¤gerin den hier streitigen Anspruch auch nicht auf das Gleichbehandlungsprinzip stã½tzen. Zwar sind nach ihrem Vortrag frã¼here Kolleginnen vor dem Beitritt in den Genuã der Bergmannsvollrente nach Vollendung des 45. Lebensjahres gekommen. Dies allein rechtfertigt jedoch nicht, auch der Klã¤gerin einen derartigen Anspruch zuzuerkennen.

3. Aufgrund der Feststellungen des LSG kann der Senat jedoch nicht ausschlieà en, daà sich die Klägerin auf eine Zusicherung berufen kann. Nach Art 19 Satz 1 EinigVtr bleiben vor dem Wirksamwerden des Beitritts ergangene Verwaltungsakte der DDR wirksam. Als ein derartiger Verwaltungsakt zählt eine "Einzelentscheidung", wie sie hier vorliegt, und zwar unbeschadet des Umstands, ob sie im Widerspruch zu dem bei ihrem Erlaà geltenden DDR-Recht stand (BSG vom 18. März 1997, BSGE 80, 119, 121 = SozR 3-1300 § 48 Nr 61 S 142 f). In diesem Sinne Verwaltungsakt sind auch solche Entscheidungen, in denen eine Behörde den späteren Erlaà eines Verwaltungsakts zusichert; der Schriftform bedarf eine derartige Zusicherung nicht. Eine solche wirksam gebliebene Einzelentscheidung kann auch der Klägerin gegenüber ergangen sein, sofern sie ihr bekanntgegeben wurde.

Nach dem Schriftwechsel, auf den das LSG Bezug nimmt, hatte die Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB bei der IG B-E angefragt, ob 14 weiblichen Betriebsangehörigen (darunter der namentlich aufgeführten KIägerin) eine Bergmannsvollrente bereits bei Vollendung des 45. Lebensjahres â∏ bei Erfüllung der weiteren Voraussetzungen â∏ zusteht. Dies hatte schlieÃ∏lich â∏ nach

Einschaltung der Obersten BergbehĶrde beim Ministerrat der DDR â∏ der FDGB, Bundesvorstand, Verwaltung der Sozialversicherung, als zustĤndige BehĶrde bejaht und in einem Schreiben vom 16. Dezember 1988 den FDGB-Bezirksvorstand K., Verwaltung der Sozialversicherung, angewiesen, sechs benannten BeschĤftigten des VEB die Bergmannsvollrente "ab Anspruchsbeginn nachzuzahlen" â∏ soweit nicht bereits erfolgt â∏ und bei den "anderen acht im Antrag des Betriebes aufgefļhrten Kolleginnen" (also auch der KlĤgerin) bei Anspruchseintritt "entsprechend zu verfahren". Gleichzeitig bat der Bundesvorstand, "diese Entscheidung den Kolleginnen im persĶnlichen GesprĤch mitzuteilen und entsprechend zu begrļnden". Dies legt nahe, daÄ∏ auch der KlĤgerin eine Bergmannsvollrente ab Vollendung des 45. Lebensjahres zugesichert worden ist.

- a) Eine derartige Zusicherung stellt einen Verwaltungsakt dar (so â∏ auf der Grundlage des § 34 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch â∏∏ Verwaltungsverfahren â∏∏ (SGB X) -: BSG vom 12. April 1984, <u>BSGE 56, 249</u>, 251 = SozR 5750 Art 2 § 9a Nr 13 S 43; ebenso bereits früher BSG vom 25. Oktober 1978, SozR 2200 § 1237 S 10 mwN); dies gilt auch für den Fall, daÃ∏ nach Aktenlage ein an die Klägerin gerichteter Bescheid fehlt. Es ist nicht ersichtlich, da̸ einer entsprechenden â∏∏ mündlichen â∏∏ VerwaltungsäuÃ∏erung nach dem Recht der DDR von vornherein keine Verbindlichkeit zugekommen wägre (vgl Verwaltungsrecht, Lehrbuch, Staatsverlag der DDR, 1979, S 250 zur grundsÄxtzlich mĶglichen formlosen Erteilung von Entscheidungen mit berechtigendem Inhalt). Auch nach bundesdeutschem Recht sind Verwaltungsakte grundsÄxtzlich formfrei, kĶnnen mithin auch mündlich ergehen (s <u>§ 33 Abs 2 S 1 SGB X</u>). DaÃ∏ insbesondere Zusicherungen der Schriftform bedürfen, ist (aus Gründen der Schutzfunktion) auch in der Bundesrepublik erst vom Gesetzgeber des <u>§ 34 SGB X</u> (entspr <u>§ 38</u> Abs 1 S 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)) eingeführt worden (vgl Stelkens in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG 5. Aufl 1998, § 38 RdNr 33 f mwN; Schroeder-Printzen in Schroeder-Printzen/Engelmann/Schmalz/Wiesner/von Wulffen, SGB X 3. Aufl 1996 § 34 RdNr 8 jeweils mwN). Für die Bindungswirkung einer derartigen Zusicherung kA¶nnte sprechen, wenn nach 1988 bis zum Beitritt weiteren Kolleginnen der KlĤgerin entsprechend den oben geschilderten VorgĤngen Bergmannsvollrente mit Vollendung des 45. Lebensjahres gewĤhrt worden wĤre (zweifelnd zur MĶglichkeit einer verbindlichen Zusicherung oder Zusage nach DDR-Recht: Stelkens, aaO, RdNr 79).
- b) Ein Verwaltungsakt auch iS des Art 19 EinigVtr liegt allerdings nur dann vor, wenn die in Rede stehende Entscheidung durch die Bekanntgabe an den Betroffenen existent geworden ist. Mit der (formellen) Bekanntgabe (vgl $\frac{\hat{A}\S 39 \ Abs \ 1}{S \ 1 \ SGB \ X}$) wird der Verwaltungsakt nicht nur wirksam, sondern beginnt $\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}$ berhaupt erst zu existieren (vgl Sachs in: Stelkens/Bonk/Sachs, aaO, $\hat{A}\S 43 \ RdNr \ 2, 156$):

Es bedürfte demgemäÃ□ auch der Aufklärung,

â∏∏ ob,

â∏∏ von wem und

â □ mit welchem Erklà ¤rungsinhalt

der KlĤgerin die Entscheidung des FDGB-Bundesvorstandes, Verwaltung der Sozialversicherung (s dessen zwei Schreiben vom 16. Dezember 1988 sowohl an den Zentralvorstand der IG B-E als auch an den FDGB-Bezirksvorstand K., Verwaltung der Sozialversicherung) bekanntgegeben wurde. Ob â∏ entsprechend dem Schreiben an den FDGB-Bezirksvorstand K., Verwaltung der Sozialversicherung â∏ auch den noch nicht rentenberechtigten BeschĤftigten die Entscheidung des FDGB-Bundesvorstands ýbermittelt wurde, ist zwar zweifelhaft. Auf eine derartige Bekanntgabe hat sich die Klägerin bisher nie berufen. Dies schlie̸t jedoch nicht aus, daÃ∏ sie von der sich aus dem genannten Schreiben ergebenden Entscheidung der Verwaltung der Sozialversicherung, ihr â∏ ebenso wie den sechs Kolleginnen, die damals bereits das 45. Lebensjahr vollendet und die übrigen Leistungsvoraussetzungen erfüllt hatten â∏∏ die Bergmannsvollrente zum gegebenen Zeitpunkt entsprechend zu gewÄxhren, in einer Weise Kenntnis erhalten hat, die als Bekanntgabe eines nach Art 19 Satz 1 EinigVtr auch über den Beitritt hinaus wirksamen Verwaltungsakts (hier iS der Zusicherung) zu werten ist. Bei den insoweit angezeigten Ermittlungen wird zu berļcksichtigen sein, daÄ∏ nach dem Rechtssystem der DDR mA¶glicherweise bindende iS des Art 19 EinigVtr) uU auch mündlich durch Vermittlung der Betriebe oder Betriebsgewerkschaftsleitungen (zB als Boten) bekanntgegeben wurden.

- c) Sollte der Klägerin demnach in der Tat eine Zusicherung entsprechend dem Schreiben an den FDGB-Bezirksvorstand K. â Derwaltung der Sozialversicherung, vom 16. Dezember 1988 erteilt worden sein, so wäre damit gleichzeitig die Wertung ihrer Tätigkeit (Laborantin beim VEB) als bergmännische Tätigkeit gem § 41 Abs 1 Buchst e der Ersten Durchführungsbestimmung (1. DB) zur RentenVO ("Tätigkeit eines Kokereiarbeiters in der Steinkohlenindustrie, soweit diese bis 1945 der Untertagearbeit gleichgestellt wurde") und damit als Tätigkeit unter Tage iS des § 37 Buchst c RentenVO bindend festgestellt.
- d) Wenn aber eine derartige Zusicherung über Art 19 Satz 1 EinigVtr Ã⅓ber den Zeitpunkt des Beitritts hinaus fortgilt, so folgt hieraus auch ein entsprechender Anspruch der KlĤgerin auf Zahlung der Bergmannsvollrente ab Vollendung des 45. Lebensjahres. Unerheblich ist insoweit, daà diese Rente ab dem 1. Januar 1992 nicht mehr aufgrund § 37 RentenVO, sondern aufgrund Art 2 § 6 Abs 1 Rà G beruht und die Vorschrift des § 41 Abs 1 Buchst e 1. DB zur RentenVO durch Art 2 § 23 Abs 2 Nr 5 Rà G abgelöst wurde. Denn jedenfalls bis zu einem Rentenbeginn am 30. Juni 1995 sind die bereits in der DDR entstandenen Renten-Anwartschaften durch Art 30 Abs 5 EinigVtr geschützt; die Klägerin hat jedoch ihr 45. Lebensjahr am 15. Februar 1995 vollendet, so daà ihr Rentenanspruch am 1. März 1995 begönne (s hierzu Senatsurteil vom 6. Mai 1999 â B KN 10/98 R). Ob fþr die restliche Geltungsdauer des Art 2 Rà G (Rentenbeginn vom 1. Juli 1995 bis zum 31. Dezember 1996: Art 2 § 1 Nr 3 Rà G) etwas anderes zu gelten hat, kann hier dahinstehen. Die vom Senat gefundene Lösung trägt dem

Anspruch der KlĤgerin auf Gleichbehandlung mit den sechs oben benannten Frauen Rechnung, denen die Rente ab dem 45. Lebensjahr wegen erfýllter Anspruchsvoraussetzungen bereits ausgezahlt worden war. Gegen die Bewilligungen in beiden Fallgruppen läÃ∏t sich im Ã⅓brigen nicht mit Erfolg einwenden, die zugrundeliegenden Verwaltungsakte seien wegen des materiellen RechtsverstoÃ∏es (50. Lebensjahr nicht vollendet) nach den §Â§ 45 ff SGB X zu korrigieren gewesen. Es ist gerade Aufgabe des Art 19 EinigVtr, vor solchen Eingriffen in durch Verwaltungsakte eingeräumte Rechtspositionen zu schÃ⅓tzen (BSG vom 18. März 1997, BSGE 80, 119, 122 = SozR 3-1300 § 48 Nr 61; vom 23. März 1999, SozR 3-8100 Art 19 Nr 5 S 17 f mwN).

Das LSG wird auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu befinden haben.

Erstellt am: 29.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024